

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.
Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.
Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lütow, 2513.
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserate u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 7. Berlin, den 18. Februar 1912. 13. Jahrgang.

Zur Durchführung der Tarifverträge.

In den letzten Jahren ist es gelungen, fast in allen Gebieten des Deutschen Reiches Tarifverträge für das Baugewerbe abzuschließen. Vor zehn Jahren noch hätte niemand geglaubt, daß der Tarifgedanke so siegreich vordringen würde. Die Arbeiterorganisationen waren die treibenden Kräfte, die diese Umwälzung in so kurzer Zeit bewirkt haben. Die aufgellärten Arbeiter haben eingesehen, daß der Zusammenschluß aller Berufskollegen die Voraussetzung ist, wenn erfolgreich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen angestrebt werden sollen. Die Arbeiterschaft mußte dieses einsehen, in Erwägung der Tatsache, daß alle Gesellschaftsschichten unseres deutschen Volkes nach Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse streben, und überall ein vermehrter Wohlstand Platz griff. Die Preise der zum Leben notwendigen Artikel bewegen sich seit Jahren fast in der ganzen Welt nach oben. Steigende Mehrausgaben auch für den Arbeiter auf der einen und der Anblick zunehmenden Reichtums auf der andern Seite, brachten uns zu der Ueberzeugung, daß andere Mittel gesucht werden mußten, als es die willkürliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bis dahin war. Unser Streben war darauf gerichtet, die Löhne den veränderten Verhältnissen anzupassen und andererseits zu verhindern, daß der geringste Konjunkturmischlag eine Verschlechterung der Löhne nach sich zog, was ja ohne Organisation fast immer der Fall war. Schriftliche Vereinbarungen mit den Unternehmern über Arbeitszeit, Löhne, Kündigung usw. schienen geeignet, dieses Ziel in etwa zu verwirklichen. So sind wir denn an die Unternehmer herantreten mit der Forderung, Tarifverträge mit uns abzuschließen. Die Unternehmer waren nicht ohne weiteres geneigt, sich mit uns über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verständigen. „Wir verhandeln nur mit unsern eignen Leuten und nicht mit dem Führer, der uns die Leute auswiegelt“, so haben wir es oft von den Unternehmern gehört. Daß es sich hier um berechnete Wünsche der Arbeiter handelte, wurde fast immer bestritten.

Jene sozialrückständige Auffassung, daß der Unternehmer allein „Herr im Hause“ sein müßte, und er am besten wisse, was seinen Arbeitern diene, war in Unternehmertreihen überall verbreitet. Mehr als ein Jahrhundert war gelehrt und geglaubt worden, daß das Wohlfinden des Unternehmers das gleiche für seine Arbeiter zur Folge haben müßte. Die neuere sozialpolitische Forderung, auch dem Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages einzuräumen, mußte sich erst durchringen. Die Unternehmer haben sich gegen die Tarifverträge gestäubt, und mehr als einmal ist allen Gewerben, die diese einführen, der Untergang prophezeit worden. Zum Glück sind diese Erwartungen nicht eingetroffen. Ein Teil der Unternehmer hat sich mit dem Tarifgedanken befreundet; sie geben zu, daß der Tarifvertrag auch in ihrem Interesse liegt. Sicher war eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe geboten. Im Baugewerbe gibt es auch heute noch Unternehmer, die diesen Namen gar nicht verdienen. Diese bauen wohl Häuser, sie spielen sich sehr oft als große Herren auf, fahren gar mit der Droschke nach dem Bau und können am dritten oder vierten Sonntag ihre Arbeiter nicht bezahlen; außerdem betrügen sie eine Anzahl Handwerker um ihre Forderungen. Diese Ele-

mente, die nichts zu verlieren haben, betreiben eine Schmutzkonkurrenz, die jeder Beschreibung spottet. Sie sind es auch sehr oft, die einen Druck auf die Löhne ausüben. Diese Elemente durch eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bekämpfen, liegt im Interesse des ganzen Gewerbes. Die Unternehmerorganisationen im Baugewerbe, die vor einigen Jahren noch Feinde der Tarifbewegung waren, sind heute deren Freunde geworden. Diese Freundschaft ist leider noch nicht immer ehrlich; wir zweifeln aber nicht daran, die Unternehmer im Baugewerbe werden sich mit der Tarifentwicklung abfinden müssen.

Tarifverträge haben nun aber nur Wert, wenn sie auch eingehalten werden. Ein Unternehmer kann dem Tarifvertrag nur Interesse entgegenbringen, wenn er weiß, vor dem Ablaufstermin tritt eine Aenderung, die nicht im Vertrag vorgesehen ist, nicht ein.

Wir Arbeiter haben auch nur dann am Tarifvertrag ein Interesse, wenn die Löhne zu allen Jahreszeiten und bei abflauernder Konjunktur auf der gleichen Höhe bleiben. Bei den vertragsschließenden Parteien können daher ernsthafte Zweifel über die übernommene Pflicht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Einhaltung des Tarifvertrages zu erstreben, nicht auftauchen. Sicher sollte man annehmen, daß in Arbeiterkreisen darüber Klarheit vorhanden wäre, alles daranzusetzen, den Tarifvertrag auch durchzuführen. Nicht alle Kollegen denken so. Sie wünschen, daß sie alle Vorteile des Tarifvertrages genießen. Auch wenn sie die Arbeitszeit nicht einhalten und auch zuweilen in andern Punkten es mit dem Tarifvertrag nicht so genau nehmen, glauben sie doch, das sei im Interesse der Arbeiterschaft gelegen. Dem ist nicht so, Ehre und Ansehen der Organisation erfordern es, nicht mehr zu verlangen, als der Tarifvertrag vorsieht, aber auch nicht weniger. Hier wird von manchen Kollegen noch recht viel gefehlt. Darüber herrscht nicht die richtige Klarheit, daß jedes Handeln gegen den Vertrag als eine Schwäche der betreffenden Organisation gedeutet wird.

Biel schlimmer ist es natürlich, wenn selbst Organisationen sich nicht klar auf den Boden des Tarifvertrages stellen, wie dieses bei dem sozialdemokratischen Zimmererverband der Fall ist. Diese Ränke und Kniffe, verbunden mit einer guten Portion Demagogie, wie sie bei dieser Organisation seit einiger Zeit Mode geworden sind, sind ein Hohn auf die Echtheit einer Arbeiterorganisation. Brintmann, der Redakteur dieses Verbandes, ist die treibende Kraft. Seine Ansicht kann man in den Satz fassen: „Die Organisation schließt wohl Verträge ab, weil sie das ja nicht immer verhindern kann; jede Zahlstelle hat aber das Recht zu stäntern, auch kann sie bei günstiger Gelegenheit höhere Löhne fordern.“ Gewinnen diese Ansichten in Arbeiterkreisen Boden, dann sind die entstehenden Schwierigkeiten gar nicht zu berechnen. Eine derartige Haltung bringt die gewerkschaftlichen Organisationen um jeden Kredit. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Brintmann schon heute den Feinden der Tarifbewegung Material geliefert hat. Von dem Führer einer gewerkschaftlichen Organisation wird man eine derartige Demagogie kaum verstehen. Begreifen kann man dieses nur, wenn man sich einen Menschen vorstellt, der sich ungeheuer wichtig und geschwollen vorfindet, und der unter allen Umständen eine eigene gewerkschaftliche Taktik erfinden will. Ob sie richtig ist oder falsch, die Hauptsache scheint ihm zu sein, seine Person tritt dabei in den Vordergrund. Es ist bedauerlich, daß in Arbeiter-

kreisen überhaupt derartige gefährliche Ansichten Anklang finden, für unsern Verband können sie jedensfalls nicht in Frage kommen. Wir müssen die Verantwortung für die eventuellen Folgen denen überlassen, die hier mit Feuer spielen.

Wenn wir uns ohne jede Einschränkung auf den Standpunkt stellen, alle unsere Kraft für die Durchführung der Tarifverträge einzusetzen, dann verlangen wir daselbe auch von den Arbeitgeberverbänden im Baugewerbe. Die Unternehmerpresse zieht jede Gelegenheit bei den Haaren herbei, um den Gewerkschaften irgendwelche Tarifbrüche nachzuweisen. Sehr oft werden die eigenen Fehlgänge gegen den Vertrag mit dem Hinweis auf die Gewerkschaften verteidigt. Niemand wird es den Unternehmern verübeln, wenn sie sich gegen Ansichten, wie Brintmann sie vertritt, wehren. Wir müssen aber doch dagegen ganz entschieden Verwahrung einlegen, wenn die Unternehmerpresse öffentlich die Sache so darzustellen sucht, als wäre es den Gewerkschaften mit der Durchführung der Tarifverträge nicht so ganz Ernst. Die organisierten Unternehmer haben alle Veranlassung, mit den Gewerkschaften gemeinsam für die Durchführung der Tarifverträge zu sorgen. Auch wenn dieses geschieht, gibt es doch noch genug Schwierigkeiten zu beseitigen. Die Unternehmer haben in ihren Verbänden Mitglieder, die sich immer dann organisieren, wenn die Arbeiter Forderungen stellen, und die Gewerkschaften haben eine Anzahl Mitglieder, die sich kurz vor der Lohnbewegung der Organisation anschließen. Ist die Bewegung vorbei, dann flüchten diese Eintagsfliegen schnell aus der Organisation. Diese Elemente kümmern sich nicht um die Durchführung der abgeschlossenen Verträge; sie sind es, die den vertragsschließenden Parteien die Schwierigkeiten bereiten. Da nun auch nicht alle Unternehmer und alle Arbeiter im Gewerbe organisiert sind, und auch oft die Mitglieder der einzelnen Organisationen nicht strenge Disziplin üben, reicht der Einfluß der vertragsschließenden Parteien nicht aus, um den Vertrag überall durchzuführen. Die Unternehmer rehen so oft davon, die Gewerkschaften könnten ihnen keine Garantien bieten, daß der abgeschlossene Vertrag auch eingehalten würde. Praktisch liegen die Dinge ja wohl so: die Gewerkschaften können — und sie tun es auch — verhindern, daß die Unternehmer nicht gezwungen werden, höhere Löhne zu zahlen, als der Tarifvertrag vorsieht. Die Arbeitgeberverbände können es aber nicht verhindern, daß eine Anzahl Unternehmer den Tarifvertrag — Tarifvertrag sein lassen und dann zahlen, was sie wollen. Es dürfte in allen Bezirken zahlreiche Fälle geben, in denen sich die Dinge in der angezeichneten Weise abspielen. Sogar diese Unternehmer kann keine Schlichtungskommission und kein Schiedsgericht etwas ausrichten; hier muß die gewerbliche Rechtsprechung mithelfen, den Tarifvertrag durchzuführen. Die Stellung der Gewerbegerichte zu den Tarifverträgen ist daher außerordentlich wichtig. An eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge ist vorläufig nicht zu denken; die Gewerbegerichte sind auch unter dem geltenden Rechtsinstande, dem Tarifvertrag den notwendigen Schutz angedeihen zu lassen. Sie brauchen seine Bestimmungen nur als ortsüblich anzusehen — was sie ja auch fast immer sind — und allen Streitfällen den Tarifvertrag zugrunde zu legen. Bei der Mehrheit der deutschen Gewerbegerichte wird auch so verfahren. Es gibt aber auch Gewerbegerichte, die sich an die Tarifverträge überhaupt nicht stören. Es handelt sich hier meistens um Gewerbegerichtsvorsitzende, die vom gewerblichen Leben keine Ahnung haben oder den individualistischen Standpunkt vertreten. Derartige Gewerbegerichte schaden dem Tarifgedanken nicht wenig.

Jahresbericht des Bezirks Hannover.

Im letzten Jahresbericht sprachen wir die Hoffnung aus, daß im Jahre 1911 im allgemeinen eine gute Konjunktur im Bezirk eintreten würde. Dieses ist nicht ganz in Erfüllung gegangen.

In Hannover besonders hatten wir unter einer schlechten Konjunktur zu leiden. Durch die Baupolizei wurde eine Verordnung herausgegeben, nach welcher die vierten Etagen nicht mehr voll zu Wohnungen ausgebaut werden dürfen. Diese Verordnung bewirkte gleich bei Beginn der Bauperiode eine Stodung, die auch das ganze Jahr hindurch anhält. Da in Hannover das Baugewerbe fast nur auf Privathäusern angewiesen war, konnte ein Rückschlag gar nicht ausbleiben. Allgemein hatte man angenommen, daß Hannover eine gute Konjunktur bekommen würde. Besondere Hoffnungen hatten wir auch auf den Bau der Kanallinie Althaus-Hannover gesetzt, zumal die beiden Städte Hannover und Linden Hafenanlagen bekommen. Der Bau beider Häfen hat sich verzögert, weil zwischen den Stadtverwaltungen und der preußischen Staatsregierung Differenzen wegen dem Gelände der Hafenanlagen bestehen. Immerhin wird die Bautätigkeit durch die Hafenanlagen in nächster Zeit eine Belebung erfahren, werden doch dadurch neue Industriegebiete erschlossen, Fabriken herangezogen, Geschäft- und Lagerhäuser errichtet usw. Durch den Bau von Kalischächten in der Umgegend Hannovers konnte ein Teil der hannoverschen Bauarbeiter dort Arbeit finden.

Im Minden- und Ravensbergerlande hat sich in Minden und einigen ländlichen Bezirken die Konjunktur gebessert. Auch hier läßt der Kanalbau einen guten Einfluß aus. Bei Minden wird der Kanal über die Wejer geführt, sowie eine große Schleuse angelegt, mittels der die Schiffe aus der Weser in den Kanal und umgekehrt geführt werden können. In Deynhäusen und Herford war die Arbeitsgelegenheit auch nicht besonders. Es sind jedoch Anzeichen vorhanden, daß in diesem Jahre, besonders in Herford, eine Besserung eintreten wird. In Löhne i. B. wird der Bahnhof umgebaut, auch dieses wird gute Arbeitsgelegenheit bieten.

In Hamburg und Harburg war die Konjunktur recht schlecht, der Hamburger Arbeitsmarkt wird zu sehr mit Fremden, besonders Dänen, überhäuft. In keiner Stadt ist wohl die Affordarbeit so eingegriffen wie hier in der Domäne der „Genossen“. Letztere haben der Affordarbeit machlos gegenüber, um so härter glaubt man aber den Kampf gegen unseren Verband führen zu müssen. Auch hat die Betonarbeit in den letzten Jahren in Hamburg bedeutend an Umfang zugenommen; dieses macht sich ebenfalls zum Schaden der geraternen Betriebe bemerkbar. In Bremen hat sich die Konjunktur in diesem Jahre gebessert. Besonders gut war dieselbe in Wilhelmshaven. Hier läßt die Verlegung des Hochseeschwaders einen belebenden Einfluß aus. Im südlichen Teil des Bezirkes wurde durch die großen Brände in Lindau a. Harz und Duderstadt sowie durch den Bau von Kalischächten die Konjunktur gehoben. In Mühlhausen i. H. wird eine große Landeshilfs- und Pflege-Anstalt gebaut, wo auch ein großer Teil unserer Kollegen vom Eichfelde beschäftigt ist. Diese Arbeit soll bis zum Jahre 1915 dauern. Wie sich die Konjunktur im Jahre 1912 gestalten wird, läßt sich doch noch nicht mit Bestimmtheit sagen, hoffen wir jedoch das Beste.

Die Agitation ist in diesem Jahre lebhaft betrieben worden, und haben sich erfruchtlicherweise wieder eine Anzahl tüchtige Mitarbeiter in den Dienst der Bewegung gestellt. In folgenden Orten ist der Verband neu eingeführt worden: Uelzen, Hapstedt, Schnathorst und Umgebung, Lübbecke i. H., Oberbeck, Schwiegen, Liebenburg, Lohstedt und Döberitz. Im Kreis Lübbecke, wozu auch Schnathorst gehört, haben wir jetzt 100 Kollegen gewonnen. Vier haben einige Kollegen von Deynhäusen fleißig mitgeholfen. Dasselbe haben auch die Harburger Kollegen in Lohstedt getan. In Bremen haben wir eine Anzahl Isolierarbeiter gewonnen. Es ist dringend notwendig, daß wir unser Augenmerk mehr diesem Berufe widmen, denn hier sind die Monopolbestrebungen der „Genossen“ im vollen Gange. Die Verwaltungsverstellen Dingelstädt, Braunschweig, Deynhäusen und Helmstedt haben eine schöne Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Die Steigerung der Mitgliederzahlen steigerte sich seit Übernahme des Bezirkes durch den Unterzeichneter, wie folgt:

am Schlusse des Jahres 1908	3044
1909	3172
1910	3286
am Schlusse des III. Quartals 1911	3442

Die Steigerung im letzten Jahr beträgt daher 156 Mitglieder. Dasselbe würde bedeutend größer sein, wenn uns die schlechte Konjunktur in Hannover nicht für die Verwaltungsstelle Hannover einen Rückschlag gebracht hätte, dieser beträgt ungefähr 150 Mitglieder. Der Beruf ist jedoch nicht so groß wie der der gewerkschaftlichen Verbände. Würde man andererseits in allen Orten energisch die Agitation betreiben haben, so würde auch dadurch eine bedeutend größere Steigerung erzielt sein. Im vierten Quartal wird aber auch noch eine Steigerung erfolgen. Bei der Agitation gibt es hier im Bezirk manche Schwierigkeiten zu überwinden, die wir nicht alle streifen wollen. Wir werden jedoch unermüdet an der Ausbreitung unseres Verbandes weiterarbeiten.

Die Lebensverhältnisse haben sich gebessert. Ebenso sind die Beiträge gestiegen. An der Spitze steht Hamburg mit einem Wochenbeitrag von 1 Mk. Es folgen dann einige Städte mit 85, 80 Pf. usw. Wir werden jedoch auch einige kleine Orte daran zwinngen müssen, daß sie den nach dem Statute vorgeschriebenen Beitrag zahlen. In einigen Orten ist die Handhabung der Gesetze noch mangelhaft, alle Aufforderungen und Ermahnungen ausgehen bei diesen nicht. Es sind immer dieselben, die aus Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit den Gang der Ge-

Gründe:

Der Deutsche Bauarbeiterverband legt Berufung ein gegen die grundsätzliche Entscheidung des Schiedsgerichts Saarbrücken vom 29. August 1911; diese bejaht, daß Erdarbeiten, die zur Vorbereitung von Betonbauten gehören, nicht unter den Vertrag fallen, soweit die Frage nicht durch die protokolllarischen Erklärungen zu § 4 geregelt ist. Nachdem zugestanden worden ist, daß Erdarbeiten in Saarbrücken kein formell genehmigter neuer Vertrag besteht, der bisherige Vertrag aber als höchste Instanz das neue Schiedsgericht nicht vorsehen kann, so war auch dieses zur Entscheidung der gegenwärtigen Streitfrage nicht zuständig.

Entscheidung 222 (Saarbrücken).

In Sachen des Arbeitgeberverbandes im Saargebiet gegen die Eisenbetonfirma Sohnius erkennt das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe dahin:

Die Verhandlung über die Frage, ob das Zentralschiedsgericht dem Satz: „Erdarbeiten, die zur Vorbereitung eines Betonbaues gehören, fallen, soweit diese Frage nicht bereits durch die protokolllarische Erklärung zu § 4 geregelt ist, grundsätzlich nicht unter den am 23. September 1910 geschlossenen Tarifvertrag“ zustimme, wird abgelehnt in der Erwägung, daß nach übereinstimmendem Vortrag der Parteien der Vertrag noch nicht abgeschlossen und das Zentralschiedsgericht deshalb unzuständig ist.

Entscheidung 223 (Woldegk i. M.).

1. Die Entscheidung der zweiten Instanz wird aufgehoben.

2. Der Zimmermeister Krüger und die Firma Frommont u. Co. in Woldegk i. M. sind verpflichtet, an die beschäftigten Tischler und Stellmacher den Zimmermannslohn zu zahlen.

Gründe:

In Woldegk i. M. ist ein örtlicher Tarifvertrag zwischen dem Arbeitgeberbund und der Zahlstelle Woldegk des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands auf Grund des Dresdener Schiedsspruches abgeschlossen. Dasselbe werden Tischler und Stellmacher, wie festgesetzt ist, zu Zimmererarbeiten verwendet, jedoch nur als Tischler und Stellmacher entlohnt. In dem hieraus entstandenen Streit hat das Schiedsgericht zu Rostock vom 27. Oktober 1911 entschieden, daß die betreffenden Meister nicht verpflichtet seien, den zu Zimmererarbeiten verwendeten Tischlern und Stellmachern Zimmermannslohne zu bezahlen.

Der hiergegen eingelegte Berufung war stattgegeben mit Rücksicht auf § 4 des Vertrages und Nr. VI Ziffer 5 der Begründung zum Hauptvertrag und Vertragsmuster, wo ganz allgemein ausgesprochen ist, daß der für Zimmererarbeiten hier eingesezte Lohn für alle Zimmerarbeiten bei gleicher Leistung zu zahlen ist.

Die Annahme der schiedsgerichtlichen Begründung, die Tischler müßten, wenn sie für Zimmererarbeiten Zimmererlohne erhalten wollten, einen eigenen Vertrag für Zimmerer mit ihren Arbeitgeber abschließen, ist irrig, da die Tarifverträge nur von den Organisationen abgeschlossen werden. Dies ist aber bereits geschehen.

Entscheidung 224 (Schwerin i. M.).

Gemäß Entscheidung zu Nr. 26 ist der Zimmermannslohn zu zahlen, wenn die in Betracht kommenden Arbeiter in einem Zimmererbetrieb beschäftigt werden.

Ist letzteres der Fall, so wird der Schiedspruch aufgehoben, und die Firma Bodholdt ist schuldig, den Zimmererlohn zu zahlen.

Werden aber die Arbeiter auf Rechnung eines Tischlereibetriebes beschäftigt, so ist das Zentralschiedsgericht unzuständig.

Zur Feststellung dieser Fragen wird die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Gründe:

In Schwerin hat Zimmermeister Bodholdt Tischler mit Zimmererarbeiten beschäftigt, diesen jedoch nicht den Zimmererlohn hierfür bezahlt. Auf die eingelegte Beschwerde der Zahlstelle Schwerin des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands entschied das Schiedsgericht zu Schwerin am 26. Oktober 1911: „Der Zimmermeister Bodholdt, Schwerin, ist nicht verpflichtet, den von ihm beschäftigten Tischlern Zimmermannslohn zu bezahlen.“ Gegen diesen Entscheid hat der Zimmererverband Berufung zum Zentralschiedsgericht ergriffen. Bei der Verhandlung über diesen Gegenstand wurde vorgebracht, daß Bodholdt nicht nur das Baugewerbe ausübt, sondern auch einen Tischlereibetrieb verwaltet; möglicherweise seien die Tischler in diesem letzteren Betriebe als Zimmerer verwendet worden. Dann wäre aber das Zentralschiedsgericht nicht zuständig. Zur Feststellung der Tatsachen mußte die Sache an die Vorinstanz zurückgewiesen werden.

Hinsichtlich des ersten Satzes des Tenors wird auf die Begründung zu Nr. 26 Bezug genommen.

schäfte erschweren. Hier werden wir Wandel schaffen müssen. Mögen solche Kollegen lieber ihr Amt niederlegen, als daß sie das ganze Jahr der Leitung die Arbeit erschweren und die Entwicklung des Verbandes aufhalten. Die größte Fluktuation ist bekanntlich in den Zahlstellen, wo die Vorstandsmitglieder ihre Pflicht nicht erfüllen.

Nach der großen Tarifbewegung 1910 hätte man annehmen sollen, daß in diesem Jahre nicht so viele Bewegungen geführt zu werden brauchten. Das Gegenteil ist eingetreten. Zunächst waren noch einige Tarife von 1910, die nicht endgültig abgeschlossen waren. So für Minden, Herford, Deynhäusen, Blotho, Hannover, Braunschweig und Helmstedt. In den meisten Fällen handelte es sich um Streitpunkte, die durch das Zentralschiedsgericht entschieden werden mußten. Für Blotho schwebte noch ein Protest der Unternehmer gegen die Höhe des Lohnes. Die Unternehmer haben ein halbes Jahr nach Abschluß des Tarifes erst entdeckt, daß Blotho nicht ganz 5000 Einwohner hat. Daher wollen sie nicht, wie bei den ersten Verhandlungen festgesetzt war, 5 Pf., sondern nur 4 Pf. zahlen.

Eine umfangreiche Arbeit ist mit den Schiedsgerichten bzw. Einigungsämtern, die als II. Instanz eingelezt sind, verbunden. Im Bezirk Hannover bestehen solche Einigungsämter in Bremen, unter dem Vorsitz des dortigen Gewerbegerichtsverordneters Herrn Dr. Steengrave, für den Bereich des Unterweser-Emsgebietes, für das Minden-Ravensbergerland in Bielefeld unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Stapenhorst, für einen Teil der Verträge im Bereich des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes, in Hannover: hier hat den Vorsitz der königliche Bauart Blomwie übernommen. In einigen Verträgen ist das örtliche Gewerbegericht als II. Instanz bestimmt. Die meisten Streitfälle sind durch das Schiedsgericht in Bremen zur Erledigung gekommen. Im Jahre 1911 haben hier 11 Sitzungen stattgefunden, in welchen über 20 Fälle verhandelt wurde. Die Art der Streitfälle lagen, wie folgt: je 1 Fall betraf das Landgeld, Auflösung des Arbeitsverhältnisses und Verlängerung der Winterarbeitszeit, in 3 Fällen um die Einföhrung der Affordarbeit, in 6 Fällen um den Arbeitsnachweis und in 8 Fällen um den Lohn für Beton-, Erd- und Tiefbauarbeiten. Wie die hohe Zahl von Streitfällen zeigt, haben sich die Tarifverträge im Unterweser-Emsgebiet noch nicht gut eingeföhrt. In Nordenham, wo schon seit Wochen Differenzen wegen der Arbeitsnachweistrage bestehen, haben sich diese so zugezpit, daß es zur Aussperrung gekommen ist. Unser Verband ist in Nordenham nicht vertreten. In Interesse der Tarifverträge sind solche Vorkommnisse zu bedauern. Bei etwas gutem Willen sollte auch hier ein besseres Handhabungsarbeiten während der Tarifezeit möglich sein, wie es doch in anderen Gegenden auch möglich ist. Auch scheinen die Schlichtungskommissionen nicht zu arbeiten, wie es im Interesse der Tarife notwendig ist, sonst könnte die Zahl der Fälle, die am Schiedsgericht zu erledigen waren, nicht so groß sein.

In Duderstadt, Enger, Eickum, Embringen und Sattenhausen liegen die bestehenden Tarife bzw. Vereinbarungen ab. In Dingelstädt, Kirchborvis, Lübbecke, Schnathorst und Oberbeck beschloßen unsere Kollegen, den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Alle angeführten Bewegungen konnten auf friedlichem Wege mit Erfolg beendet werden. In Duderstadt, Enger, Dingelstädt, Embringen und Lübbecke wurden Tarifverträge abgeschlossen. Die Lohnsteigerung beträgt in den vier genannten Orten 4 Pf., in Lübbecke 5-6 Pf. pro Stunde. Der Tarif in Lübbecke gilt nur bis zum 1. April 1912, in Dingelstädt bis 1. April 1913, die anderen gehen über 1913 hinaus. In den übrigen genannten Orten kamen nur mündliche Vereinbarungen zustande, die auch nur bis 1. April 1912 Geltung haben. Auch in diesen Orten konnten auf freundlichem Wege Lohnerhöhungen von drei bis acht Pfennig erzielt werden. Ferner konnten wir in Salzdahlum, Helgoland und für die Isolierer in Bremen Tarife abschließen. Diefelben gelten bis 1913 und sehen eine Lohnsteigerung von 3, 8 und 5 Pf. vor. In Wilhelmshaven mußte die Betrifftirma Holzmann, Frankfurt a. M., zweimal gesperrt werden, damit auch dort der örtliche Tarif eingehalten wurde; diese Sperren hatten ebenfalls Erfolg. In Hannover kam es zu Bewegungen bei den Kappapfern, Drenrothern und Isolierern. In allen drei Fällen kam es zur Arbeitsniederlegung, die aber mit Erfolg beendet wurden. Auf den Neubauten der Landeshilfs- und Pflegeanstalt in Mühlhausen kam es wegen dem Landgeld zur Arbeitsniederlegung, auch wurde dieses nach zwei Tagen geregelt. Im ganzen bestehen im Bezirk 38 Tarifverträge, und arbeiten rund 3000 Mitglieder unter tariflich geregelten Verhältnissen, der beste Beweis, daß unseren Kollegen auch im Bezirk Hannover der Schutz der Organisation im vollen Maße zuteil wird.

Von den sozialen Wahlen wollen wir nur zwei anführen, und zwar solche, die nicht günstig für uns ausfielen; es sind das die Vertreterwahl der Ortskrankenkasse in Deynhäusen und die Gewerbegerichtswahl in Herford. Bei der ersteren nahm die Zahl der Stimmen für die christliche Liste ab, obgleich die christlichen Gewerkschaften dort an Mitgliedern, besonders bei den Holzarbeitern, bedeutend zugenommen haben. Hier kann der Ausfall der Wahl nur auf die Interessenlosigkeit der Wähler unsererseits zurückgeführt werden. Wenn schon Vorstandsmitglieder sagen, ich gehe nicht zur Wahl, denn die Genossen liegen doch, so ist es erklärlich, daß unsere Stimmen zurückgehen. Nach den Bestimmungen der Krankenkassenversicherung werden die Wahlen in Zukunft alle nach dem Verhältniswahlsystem getätigt, da besteht also die Möglichkeit, in alle Krankenkassen eine Anzahl Vertreter unserer Organisation hinzubekommen; dann müssen unsere Kollegen aber bis auf den letzten Mann zur Wahl gehen. In Herford bekamen die christlichen Gewerkschaften einen Vertreter, würden dort die Mitglieder, besonders die auswärtigen wohnenden, alle zur Wahl gekommen sein, so würde auch dort das Resultat ein besseres sein. Es muß daher

nochmals an die Kollegen der Appell gerichtet werden, bei sozialen Wahlen besser ihren Namen zu stellen.

Auf dem Gebiete der Bildungsbestrebungen ist ebenfalls noch Kräfte gearbeitet. Die Kartelle, welche in dieser Beziehung gearbeitet haben, sind von uns nach Kräften unterstützt worden.

Der Bezirksleiter nahm im Berichtsjahr an folgenden Versammlungen und Sitzungen teil: öffentliche Versammlungen 19, Mitgliederversammlungen 68, Vorstandssitzungen 27, Vertrauensmännerversammlungen 23, Kartellsitzungen 20, 15 Kassenrevisionen, 43 Sitzungen mit Arbeitgebern (einschließlich der Einigungsämter), 21 Lohnkommissionen, 19 sonstige Versammlungen, konfessionelle Vereine usw., 10 Konferenzen und 3 Tage Bezirksleiterkonferenz und 5 Tage Generalversammlung in München.

Kostfäden gingen folgende ein: Telegramme 3, Geldsendungen 38, Briefe 512, Postkarten 375, Drucksachen 188, Pakete 27. Ausgegangen sind: 30 Telegramme, 669 Briefe, 792 Drucksachen, 27 Pakete, 23 Geldsendungen. 16 Postfäden waren mit Straßporto belegt, ohne die, die wir zurückgehen ließen.

Wie aus vorstehendem Bericht ersichtlich, war auch das Jahr 1911 ein arbeitsreiches, auch war uns der Erfolg in etwa beschieden. Allen treuen Mitarbeitern spreche ich an dieser Stelle meinen Dank aus und wünsche, daß sie sich im neuen Jahre wieder mit voller Begeisterung an die Arbeit begeben, auch wollen wir hoffen, daß sich auch mehr Kollegen finden, welche ebenso opferfreudig mitarbeiten, dann werden wir auch im neuen Jahre neue Fortschritte machen.

A. Bumbold, Hannover, Kumpenwall 16, Telefon 7766.

alfo angeht solcher Tatsachen, unmöglich von einer Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses die Rede sein. Sollte nun wider alles Erwarten die private Bautätigkeit in dieser Beziehung sich noch länger hinausschieben oder versagen, so wird es die Pflicht von Staat und Gemeinde sein, energisch eingzugreifen.

Die gepflanzten 50-80 Kleinwohnungen einer gemeinnützigen Baugenossenschaft bedeuten angesichts dieser großen Wohnungsnot bloß einen Tropfen auf einen heißen Stein. Die Aussichten auf eine Belebung des Baumarcktes in jeder Richtung können somit keineswegs ungünstig eingeschlagen werden.

Auch ist die gute Hoffnung vorhanden, daß für unsere Verwaltungsstelle die Zeit des inneren Siedtums endlich bald einmal überwunden sein wird. Es wird auch kein Stillstand in unserer Verwaltungsstelle mehr eintreten, wenn die Mitglieder ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun und auch auf den Baustellen ihren Teil leisten.

Besonders zu wünschen ist, daß auch in den verschiedenen konfessionellen Vereinen, besonders den Arbeiter-Vereinen, der christlichen Gewerkschaftsbewegung mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird; mit bloßen Sympathieerklärungen kann uns in Baden, besonders in Freiburg, nicht mehr gedient sein.

Wir sind gewiß, daß es hierbei an dem guten Willen und der nötigen Energie von seiten der derzeitigen Leitung der christlichen Gewerkschaften in Freiburg nicht fehlen dürfte.

Wir haben erzieherweise im Berichtsjahr wesentlich nachgelassen. Es ist unzweifelhaft eines der Hauptverdienste unseres Beamten, des Kollegen Heinrich, hier mit der nötigen Grobheit (ohne die es nicht ging) und bewunderungswürdiger Ausdauer und Energie Remedur geschafft zu haben.

Die Mitgliederentwicklung ist nach Lage der Verhältnisse im Berichtsjahre zufriedenstellend, sie stellt sich in den letzten Jahren wie folgt: im vierten Quartal 1909: 70, im vierten Quartal 1910: 109, im vierten Quartal 1911: 152 Mitglieder.

Die Einnahmen für die Hauptkasse stellen sich im einzelnen wie folgt: Der Kassenbestand vom vorigen Jahre betrug: 164,74 M. Für 70 Eintrittsmarken à 50 Pfennig wurden eingenommen 35 M., für 67 Beitragsmarken à 0,35 23,45 M., für 17 à 2,50 42,50 M., für 1218 à 0,60 730,80 M., für 2489 à 0,70 1742,30 M., für 106 Marken für Arbeitsloje à 0,25 26,50 M., sonstige Einnahmen 2,95 M.

Die Ausgaben für die Hauptkasse betragen 532,68 M., die Einnahmen der Lokalkasse sind: Kassenbestand vom vorigen Jahre 172,77 M., Anteil an Eintrittsgeld und Beiträgen 230,78 M., für 106 Lokalfondsmarken à 0,10 gleich 10,60 M., für 217 Lokalfondsmarken à 0,20 gleich 43,40 M.

Das bemerkenswerte für unsere Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle Freiburg ist, daß ein großer Teil der Mitglieder sich sehr wenig bemüht, die eigentliche Arbeiterfrage richtig zu erfassen. Darnach sollte eigentlich jeder Arbeiter und im besonderen jeder christliche Gewerkschaftler fortwährend nachgehaltig ist auch unsere Volkswirtschaft.

Der Arbeiter von heute muß wissen, in welchem Verhältnis er zur Gemeinschaft steht. Der Ideenkreis des Arbeiters muß über seine Klasse weit hinausgehen, wenn er nicht einem allgemeinen Phrasentum, wie es sich in letzter Zeit bei der Sozialdemokratie breit macht, anheimzufallen soll.

Es besteht für Freiburg gegenseitig unbeschreiblich großer Mangel an Wohnungsräumen, und das zu einer Zeit, wo gerade die höchsten Preise bezahlt werden. Diese Zustände werden nicht erst entstehen, wenn eine glückliche Wirtschaftssperiode herauf und infolge dessen einige Tausend Arbeiter zu dem großen Wohnungsmangel in Freiburg gestellt werden.

Wer nicht aus ethischen Gründen, aus Rücksicht, um die soziale Not zu steuern, eine Besserung der gesamten Arbeiter-Existenz herbeizuführen, Mitglied der Gewerkschaft geworden ist, der sei es doch wenigstens aus klugem Egoismus.

Im Jahre 1912 muß in Freiburg ein bedeutend größerer Prozentsatz Kollegen für uns gewonnen werden. Wir müssen hin zu den Unorganisierten und sie aufklären, ihnen die Notwendigkeit der Organisation auseinandersetzen und sie unserem Verbande zuführen.

Kollegen! Es sollte euer höchster Stolz sein, nach Kräften dem Verbande zu dienen. Je mehr wir wachsen an Zahl und Stärke, um so mehr sind wir in der Lage, die Bauarbeiterchaft zu vertreten.

Wer nicht kämpfen will, wird niemals siegen, Wer den Anfang scheut, vollendet nie; Wer zagend kämpft, muß unterliegen, Dem ihm fehlt die Kraft der Energie!

Gieboldehausen. Am 1. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nachdem unser Vorsitzender, Kollege Schneider, die Versammlung eröffnet und einen kurzen Rückblick auf die Arbeit im verflochtenen Jahre geworfen hatte, erstattete er den Jahresbericht.

Die Gesamteinnahme für die Lokalkasse betrug 73,24 M., die Einnahme für die Lokalkasse 26,33 M., Bestand am Schlusse des Jahres 65,19 M. In den Vorstand wurden wiedergewählt die Kollegen S. Schneider als Vorsitzender und Kassierer; J. Gerhardt als zweiter Vorsitzender und H. Nünemann als Schriftführer.

Goschütz. (Maurer). Am Sonntag, den 21. Januar, tagte im Lokale des Herrn Gühra unsere diesjährige Generalversammlung. Auf der Tagesordnung standen: 1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.

Am 3. Februar fand im Gewerkschaftshause unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Heusener eröffnete um 8 Uhr die Versammlung, die besser hätte besucht sein können, und gab die Tagesordnung, welche 12 Punkte enthielt, bekannt.

Abendbüren. Unsere am 21. Januar abgehaltene Generalversammlung war gut besucht, und hoffen wir, daß der Versammlungsbesuch auch fernerhin so bleiben möge.

Am 25. August 1906: 300 über 1,6 Prozent, 1907: 400 über 1,9 Prozent, 1908: 285 über 1,5 Prozent, 1909: 400 über 1,9 Prozent, 1910: 277 über 1,2 Prozent und 1911: 280 über 0,8 Prozent der Wohnungen. Es kann

Am 1. Januar 1912... Das Jahr 1912... Die Gesamteinnahme... Der Kassenbestand... Die Mitgliederentwicklung...

Am 21. Januar... Die Tagesordnung... Kollege Siebert... Die Gesamteinnahme... Der Kassenbestand... Die Mitgliederentwicklung...

mann; als zweiter August Lange. Die Wahl des ersten und zweiten Kassierers wurde verschoben bis zur nächsten Versammlung; als erster Schriftführer Franz Heilmann, als zweiter Hermann Buchmann; als Revisoren Heinrich Merzmeier und Bernhard Ebdeler. Das Hauskassierenwesen wurde so eingeteilt, daß bei jedem Unternehmer ein Hauskassierer ist. Hierfür ernannte der Vorsitzende den neugewählten Vorstand an ein eifriges Mitarbeiter in unserer Organisation, so daß wir am Schluß d. J. auf einen guten Fortschritt zurückblicken können. Dann wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Jugolstadt. Am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, fand die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Kollege Augustin begrüßte alle erschienenen Kollegen herzlich, auch die von unseren Brüdern aus anderen Orten, und gab die Tagesordnung bekannt, welche lautete: 1. Kassenbericht, 2. Jahresbericht des Vorstandes, 3. Neuwahl der Vorstandsjahre. Der Kassenbericht konnte nur aus den Büchern bekanntgegeben werden, da die Abrechnungskonten der Zentrale nicht mehr zurückgeschickt werden konnten wegen Kürze der Zeit. Nach dem Bericht des Vorsitzenden wurden im verflossenen Jahre 1 Generalversammlung, 9 Monatsversammlungen, 3 Vorstand- und 2 Baubelegiertenitzungen abgehalten. Ferner wurde am 13. August ein Ausflug nach Neuburg unternommen, da die Zahlstelle Neuburg eine öffentliche Versammlung ausgeschrieben hatte, mit Referat unseres Bezirksleiters Johann Brückner. Eine Anzahl „Gedanken“ erschienen auch und versuchten, wie üblich, durch Beschrei und Zwischenrufe die Versammlung zu sprengen, was ihnen jedoch nicht gelang. Kollege Brückner gab ihnen eine sehr meisterhafte Abfuhr, daß sich nicht einmal einer zum Wort meldete. Der Mitgliederbestand ist ein schwankender. Die höchste Ziffer wurde im dritten Quartal erreicht, wo wir 137 Kollegen hatten, im vierten Quartal gingen wieder 13 verloren, meist ländliche Bauarbeiter. Die Gesamteinnahme aus verkauften Marken beträgt 2757,60 M. An Sterbeunterstützung wurden ausbezahlt 160 M., an Krankenunterstützung 479,80 M. An Postjahren gingen ein 55 Briefe, zwölf Postkarten, 9 Drucksachen, währenddem sich im Verkauf befinden 69 Briefe, 19 Postkarten, 1 Telegramm und 3 Telephongespräche. Manchen Strauß hatte die Vorstandsjahre noch auszufechten mit den Arbeitgebern, die jedoch alle zur Zufriedenheit unserer Kollegen gelöst wurden. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: 1. Vorstand Josef Augustin, 2. Johann Gauß, 1. Kassierer Clement Stadler, 2. Wendelin Reichenstetter, 1. Schriftführer Josef Dörr, 2. Johann Rettinger, ins Ortskartell die Kollegen Anton Pfaller, Balthasar Kloiber, Friedrich Pautmann; als Revisoren Sebastian Eichhorn und Lorenz Schweiger. Was den Versammlungsbesuch anbetrifft, so muß derselbe als mittelmäßig bezeichnet werden. Es zeigt sich die traurige Erscheinung, daß fast alle älteren Kollegen die Versammlungen nicht mehr besuchen. Mit einem warmen Appell an die anwesenden Kollegen, dem Verbands treu zu bleiben, und mit dem Sloganswort: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Generalversammlung.

Lüchtringen. Am Freitag, den 27. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, zu welcher auch unser Bezirksleiter, Kollege Friedr. Werner, anwesend war. Zu Punkt 1 referierte Kollege Werner über die Arbeitgebernverbände, Syndikate, Innungen u. dgl. Am Schluß seiner Ausführungen tabelte Kollege Werner den schlechten Versammlungsbesuch. Es waren von 200 Kollegen nur etwa 50 erschienen. In den Vorstand wurden folgende Kollegen neu- bzw. wiedergewählt: als erster Vorsitzender Aug. Schäfer, als zweiter Wilh. Pujemann; als erster Schriftführer Wilh. Schäfer, als zweiter Fern. Heine; als erster Kassierer Anton Brillo, als zweiter Peter Müller; als Revisoren Josef Ruckard und Aug. Anauy. Es werden alle Lüchtringer Kollegen ersucht, die Versammlungen doch besser zu besuchen als bisher, ebenso das An- und Abmelden beim Kassierer pünktlich zu erledigen, damit ein jeder Kollege die „Baugewerkschaft“ pünktlich zugestellt erhält.

Melle. Am Sonntag, den 28. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Es waren etwa zwei Drittel der Kollegen erschienen. Erster Punkt war Rechnungsablage. An Marken wurden verkauft: Eintrittsmarken 10 Stück à 0,50 M., Beitragsmarken 568 Stück à 0,50 M., 674 Stück à 0,55 M., Arbeitslosen-Marken 71 Stück à 0,25 M. Die Revisoren erklärten alles für richtig befunden zu haben. An die Zentrale sind 520 M. abgeschickt. Nach Münster zum Bezirksbeamten 62,10 M. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Erster Vorsitzender Warling; zweiter F. Bockette; erster Kassierer Zeising; zweiter D. Basseite; erster Schriftführer H. Niehaus; zweiter Schomoller. Revisoren: Veit und Bäumer. Die Wahl ist von allen angenommen. Es wurde dann noch über Mittel und Wege beraten, wie die Agitation möglichst wirksam gestaltet werden könne. Man war sich einig, daß die Bautenagitation durchgreifender gehandhabt werden müsse, besonders müsse auf den Bauten eine schärfere Kontrolle geübt werden.

München. In unserer diesjährigen Generalversammlung gab der Vorsitzende, Kollege Hirsch, einen Rück- und Überblick über das verflossene Jahr. Die Entwicklung unserer Zahlstelle war im vergangenen Jahre be- friedigend. Ein Mitglied ist uns durch den Tod ent- rissen worden. Die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Sigen. Der dann folgende Kas- senbericht wurde von den Revisoren für richtig erklärt. In einem kurzen Vortrag begründete Kollege Brückner die vorgeschlagene Erhöhung der Eintrittsgebühr. Die- selbe wurde von der Versammlung angenommen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: M. Summerer, erster Vorsitzender; Ludwig Basser, zweiter Vorsitzender. Als erster Kassierer wurde Anton Pangerl gewählt. Als zweiter Kassierer: erster Schriftführer wurde Etti er. zweiter Schriftführer: Anton Summerer und Dörrer. Als

Partellbelegierte wurden gewählt: Pangerl, Fenzl, Nidel. In den Jugendauschuß wurden die Kollegen Nidel und Maier gewählt, in die Beschwerdebekommision Loh- meier, Fridl, Wagner.

Nürnberg. Einen würdigen Verlauf nahm die Ge- neralversammlung unserer Zahlstelle am 27. Januar, deren Besuch leider nicht so war, wie man ihn hätte er- warten können. Zur Tagesordnung standen: Jahres- und Kassenbericht, Vorstandswahl, Regelung der Bei- träge für 1912, Erledigung der Anträge und Geschäfts- liches. Den Jahres- und Kassenbericht gab Kollege Lang. Aufgenommen wurden in den Verband 216 Mitglieder, von sozialdemokratischen Verbänden traten 27 über. Leider reisten während des letzten Halbjahres 152 Kollegen ab, so daß dadurch die Mitgliederzahl um ein Bedeuten- des zurückging. Aber trotzdem hätte unser jetziger Bestand höher sein müssen. Das zeigt uns, wo wir in Zukunft den Hebel anzusetzen haben, nämlich in der Bekämpfung der Fluktuation. Mit dem Bestreben, neue Mitglieder für unsere Sache zu gewinnen, muß die Sorge Hand in Hand gehen, die einmal gewonnenen auch zu erhalten. Letzteres ist insofern schwieriger, weil es oft leicht ist, einen für einen Augenblick für den Verband zu begeistern und ihn aufzunehmen, dieser sich aber der Opfer, die ein christlicher Gewerkschaftler im allgemeinen und ganz be- sonders in Nürnberg für den Verband zu bringen hat, nicht bewußt ist. Treten nun diese Opfer an ihn heran, dann geht er uns allzu leicht wieder verloren. Es muß also für die Zukunft unsere erste Aufgabe sein, stets hinter denen zu stehen, die nicht die nötige Sattelfestigkeit haben. Da aber für eine gute Entwicklung unserer Bewegung der geistige Hochstand unentbehrlich ist, wurden in drei- zehn Versammlungen, 9 Vorstandssitzungen und 11 Ver- trauensmänneritzungen 15 Vorträge gehalten, die teils gewerkschaftlicher, teils sozialer oder sozialpolitischer Natur waren. Das Verhältnis zu den Arbeitgebern war, ab- gesehen von einigen Ausnahmen gut. Um so gespannter war es mit unseren sozialdemokratischen Brüdern, die in nicht weniger als 30 Fällen unsere Mitglieder um Arbeit und Brot brachten, weil sie christlich organisiert waren. Wie sie das mit ihrer Devise „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ mit Menschenwürde und Tarifvertrag in Einklang bringen, ist Geheimnis dieser Leute. Schlich- tungskommissionsitzungen fanden im Berichtsjahre sechs statt, welche 10 Entscheidungen erließen. In drei Fällen wurde Berufung zum örtlichen und einmal zum Zentral- schiedsgericht eingelegt. Die Konjunktur war auch im heurigen Jahre wieder gut. Stark benutzt wurde auch unser Arbeitsnachweis. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß er von unseren Mitgliedern noch mehr unter- stützt werden muß. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich, wie folgt: Für Marken wurden vereinnahmt 3961,20 Mark. Die Zahl der verkauften Arbeitslosenmarken be- trug 147 Stück, das sind 2,8 Prozent. An Krankengeld wurden ausgezahlt 357,55 M., an Sterbegeld 32 M., an Gemäßigter-Unterstützung 41 M., an Streikunterstützung 55,65 M. An bar wurden an die Verwaltungsstellenkasse abgeliefert 2831,16 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 775,21 M., die Ausgaben 847,15 M., so daß unser Bestand um etwas zurückging, auf 159,63 M. Der Rückgang hat seinen Grund darin, daß die Lokalkasse die Einrichtung des neuen Bureaus übernahm. Mit Dankes- worten an alle Mitarbeiter und der Bitte, daß im nächsten Jahre alle Mitarbeiter sein möchten, schloß der Referent. In der Vorstandswahl wurden wiedergewählt die Kol- legen: Franz Sommer als erster Vorsitzender, Surdan als zweiter; Reitmeier als erster Schriftführer, Heinrich Lang als zweiter. Zu Ausschußmitgliedern wurden ge- wählt die Kollegen: Endres, Veißl, Reithwießner, Schlicht- horn, Spangler und Strickroth. Zu Revisoren: Schlicht- horn und Wederle. Zu Kartellbelegierten: Franz Sommer, Räder, Peter Schneiderbanger und Langmandel. Die Er- höhung der Beiträge für 1912 erfolgte einstimmig. Der Beitrag beträgt für Bauhilfsarbeiter 70 Pf. und für die anderen Berufe 80 Pf. Ein Antrag des Kollegen Eger, welcher lautete: „Stirbt einer unserer Kollegen, so ist jedes Mitglied verpflichtet, einen Beitrag von 20 Pf. zu entrichten. Davon sollen zunächst die Auslagen bei der Beerdigung gedeckt werden, und wenn noch ein Rest da ist, dieser den Angehörigen des Verstorbenen zufließen. Sind solche nicht vorhanden, so soll über die Verwendung des Geldes eigens beschloffen werden.“ Auch dieser An- trag fand einstimmige Annahme. Ebenfalls wurde ein- stimmig angenommen ein neues Ortsstatut, wonach die Zahlstelle in Zukunft nur mehr 10 Prozent behält und die übrigen 5 Prozent der Verwaltungsstellenkasse zu- fließen. Gleichfalls wurde auch dem von der Verwaltung ausgehenden Versammlungslokal (Zollhof, Zeltner Straße) zugestimmt und die Versammlungen auf jeden ersten Donnerstag im Monat festgelegt. In seinem Schluß- wort wies der Vorsitzende nochmals auf den Ernst unserer Lage hin und bat um allseitige Unterstützung. Hoffen wir, daß die vielen Anregungen, die in dieser Versammlung gegeben wurden, fruchtbaren Boden gefunden haben und in Zukunft schöne Früchte bringen für unsere Bewegung.

Nürnberg. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 21. Januar die Generalversammlung ab, in welcher Be- zirksleiter Lange einen sehr lehrreichen Vortrag hielt. Bei der Vornahme der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Um eine regelrechte Bedienung der Mitglieder zu ermöglichen, wurden die sehr verstreut liegenden Orte in mehrere Bezirke eingeteilt, und zwar: Bezirk 1: Nümbrecht, Rössenbach, Lintscheld, Berken- roß, Langenbach, Gieringhausen, Gieringhauser Mühle, Dörmel, Niederhausen und Breitenwiese. 2. Bezirk: Strau- zenbach, Heddinghausen, Kupfcheröd und Oberelben. 3. Bezirk: Deddinghausen, Grumet und Disteckamp. Als Vertrauensmänner übernahmen den ersten Bezirk Kollege Wilh. Löttingen, den zweiten Bezirk Kollege Veit. Rind, den dritten Bezirk Kollege August Döttingen. Als Entschädi- gung wurde beschloffen: für den ersten Bezirk vierteljährlich 6 M., für den zweiten Bezirk vierteljährlich 3 M. und für den dritten Bezirk vierteljährlich 2 M. Unter Ver- schiedenes wurde angeregt, daß es sehr zweckmäßig sei, wenn in den Jagen Montags bzw. Samstags eine Bühnen-

kontrolle vorgenommen werde. Für diesen Posten wurde Kollege Albert Lang gewählt. Es wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß sämtliche Kollegen im Verband Lang bei der Revision der Bücher unterstützen und nötigen- falls gemeinsam auf Vorzeigen des Mitgliedsbuchs be- ständen. Zum Schluß wurden noch die Aufgaben der Wai- lätigkeit an der Aupper und in Gummertsbuch besprochen sowie die Eingabe an die Eisenbahndirektion auf Ein- führung von Arbeiterfahrkarten nach den bergischen Städten. Es besteht die begründete Hoffnung, daß der Eingabe entsprochen wird.

Oberrod. Nachdem die Kollegen wieder in ihre Heim- at zurückgekehrt waren, hielten wir am 11. Januar un- sere diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tages- ordnung standen: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Bericht der Delegierten von der Konferenz in Mengers- kirchen, 4. Verschiedenes. Der vom Vorsitzenden, Kollegen Pitton, erstattete Jahresbericht enthielt zunächst einen kurzen Rückblick auf das verflossene Jahr und betonte dann hauptsächlich, daß in diesem Jahre wieder einige Kollegen in unserer Zahlstelle dem Verbands den Rücken gekehrt hätten. Dann gab unser Kassierer Georg Schneider den Kassenbericht, welcher im allgemeinen zufriedenstellend war; es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Es wurde dann zur Vorstandswahl geschritten. Aus derselben gingen hervor die Kollegen: als erster Vorsitzender Wil- helm Pitton, als 2. Jos. Krämer; als erster Kassierer Georg Schneider, als zweiter Jos. Diehl; als erster Schrift- führer Wilhelm Kolb, als zweiter Jos. Pit; als Revi- soren Peter Krämer und Jos. Schilling. Sämtliche Kol- legen nahmen die Wahl an. Im Punkt 3 Bericht von der Konferenz, wurde den Kollegen über den Verlauf der Konferenz Bericht erstattet, ganz besonders wurde der geist- reiche Vortrag unseres Kollegen Mayer von Berlin über unsere deutsche Wirtschaftspolitik hervorgehoben. Im Punkt Verschiedenes kam Kollege Jos. Schilling auf die Streikunterstützung zu sprechen. Es entspann sich hier eine lebhafte Diskussion, die dahin ging, daß den Kol- legen, die in die Heimat reisen, im Falle einer Aus- sperkung doch dieselbe Unterstützung gezahlt wird, wie in der Fremde. Dann wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus zwei Kollegen, welche eine Hauskontrolle vornehmen sollten, um die säumigen Kollegen wieder einmal tüchtig aufzurütteln und sie an ihre Pflichten, das Beitragszahlen und den Versammlungsbesuch zu erinnern, aber auch Neuaufnahmen zu machen, um unsere Zahlstelle wieder auf die Höhe zu bringen, auf der sie gestanden hat. Unser Vorsitzender, Kollege Pitton, erwähnte nun noch die Kollegen, doch in der Fremde eifrig für unsere Sache zu arbeiten und unsere Reihen zu stärken für das Jahr 1912. Aber auch unsere Jugend sollten wir nicht ver- gessen, und es sollte unsere Hauptaufgabe sein, diese zu schützen vor dem nimmerruhenden Dämon Sozial- demokratie, denn wer die Jugend hat, den gehört die Zukunft. Hierauf schloß unser Vorsitzender mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen der christlichen Ge- werkschaften die Versammlung.

Paderborn. (Jahresbericht der Zahlstelle Paderborn. Am 14. Januar fand die Vorstandssitzung der Verwaltungsstelle statt. Laut Bericht des Vorstandes wurden abgehalten im Jahre 1911 innerhalb der Ver- waltungsstelle 36 Mitglieder- und 3 außer- ordentliche und 4 öffentliche Versammlungen. Vorstand- sitzungen fanden 6 statt. Der Versammlungsbesuch ließ zu wünschen übrig, findet aber darin eine Erklärung, daß eine große Zahl Mitglieder außerhalb der Stadt wohnt. Mitgliederbestand am Schluß 1910 war 84 und Ende 1911 stieg die Zahl auf 382. (Bravo! 1 Red.) Auf- nahmen wurden gemacht im Laufe des Jahres 200, Ueber- tritte 1 vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen: Es wurden verkauft 200 Eintrittsmarken zu 50 Pf., Bei- tragsmarken zu 45 Pf. 62 Stück, zu 50 Pf. 3189 Stück, zu 55 Pf. 10 980 Stück, zu 70 Pf. 40 Stück, Arbeitslosen- marken zu 25 Pf. 250 Stück, Lokalfondsstellen zu 10 Pf. 6200 Stück, 6 Zuschlagsmarken zu 30 Pf. Weiter wurden eingenommen für Beiträge 5,10 M., für Hufen 10,95 M., für Hauskassiererbücher 1,20 M., für Futtmale 63,15 M., Gesamteinnahme 9325,36 M. Ausgabe für die Haupt- kasse: An die Zentrale geschickt 6436,72 M., an Krankengeld für 371 Tage in 18 Fällen 248,20 M., für Sterbeunter- stützung in einem Fall 48 M. Ausgabe für die Lokalkasse: Für Hauskassierer 435,12 M., Porto und Schreibmaterial 54,88 M., für Inzerate und Drucksachen 6 M., für Ver- käufnisse der Arbeit und Lokalführung 15,34 M., für Hauskassiererbücher und Futterale 64,20 M., für Unter- stützung der Mitglieder in Kostfällen 15 M., für Agitation 3,60 M., für Kartellbeiträge 110,10 M., für Bezirkskonfe- renz, Fahrten, Schlichtungskommissionen und Stempel 34,76 Mark, für die ausgesperrten christlichen Tabakarbeiter 50 M. Gesamtausgabe 7770,91 M. Kassenabsluß: Ein- nahme 9325,36 M. Gesamtausgabe 7770 M. Bleibt Lokalfondsbestand 1551,45 M. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden. Die Arbeitsge- legenheit ist ziemlich gut. Der abgeschlossene Vertrag (Dreidener Schiedspruch) gilt für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Die tariflichen Löhne werden überall gezahlt. Schlichtungskommissionssitzungen fanden zwei statt. Die agitatorische Tätigkeit wurde nach außen hin kräftig betrieben und es konnte auch in Wien eine Zahl- stelle errichtet werden. Für die ausgesperrten christlichen Tabakarbeiter wurden gesammelt 66,65 M. Die Vorstandswahl ergab die Wiedewahl des alten Vorstandes, und zwar als Vorsitzender Adolf Westphal, als Kassierer Wil- helm Eilebrod, als Schriftführer Hermann Niebuhr, als Revisoren Schmid und Benzell, als Revisoren Jos. Klein- meyer, Heinrich Westphal und Jos. Buttenege.

Kollegen! Der vorstehende Bericht gibt uns einen Überblick über die geleistete Arbeit des verflossenen Jah- res, und wir können feststellen, daß die Organisation ge- wachsen ist nach innen und nach außen. Der treuen Mit- arbeit aller Kollegen ist dieser Fortschritt zu verdanken. Nimmehr muß es unsere Aufgabe sein, weiter zu agitieren mit demselben Geiste und Opfermut, damit auch die letzten

angesehenden Bauarbeiter unserer Organisation zugeführt werden.

Rheine. Krankenkassenvertreterwahl. Bei der hier am 4. Februar stattgefundenen Krankenkassenvertreterwahl wurde die Liste der christlichen Bauarbeiter mit 97 Stimmen einstimmig gewählt.

Neßth (Bez. Antdorf). Am 15. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung im Gasthause des Herrn Buzil statt, welche schwach besucht war.

Rübenach. Am 21. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, zu der Kollege Fein-Gobertz erschienen war.

Schneidberg. Eine am 7. Januar dahier stattgehabene Versammlung hatte den Zweck, eine Winterzählstelle ins Leben zu rufen.

Schneidberg. Am 21. Januar hielten wir in Teilsheim unsere Verwaltungsrats-Generalsammlung ab.

Er wies hauptsächlich darauf hin, daß wir uns auch einen Wehrschuß errichten sollten, ähnlich wie die Unternehmer, damit wir für die Zukunft gerüstet seien.

Wäfersachsen. Am 4. Februar fand hier eine Zusammenkunft der Mitglieder unseres Verbandes statt.

Unglaubliches aus Bayern.

Aus Bad Rissingen schreibt man uns: Wie weit die Verheerung in der politischen Wahlzeit auch auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Früchte zeigt, davon haben wir hier einen sehr drastischen Beweis.

Die Verhandlungen wurden hier am 29. Januar unter dem Vorsitz des Herrn Rechtsanw. Dr. Schwarz wieder aufgenommen.

wird sich diese Kurzfristigkeit früher oder später an ihm selber rächen. Einsichtige Arbeitgeber haben dieses schon längst erkannt, nur die Herren Lünchermeister von Rissingen stehen hier als „rühmliche“ Ausnahme da.

Auch die Arbeiter können aus diesem Vorgang die Lehre ziehen, inwieweit die sozialdemokratischen Gewerkschaften ihre Standesorganisationen sind.

Jedenfalls ist in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wir haben uns im letzten Jahre — besonders auch in Bayern — an manches gewöhnt.

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Vom drohenden Bergarbeitergeneralfstreik in England. Zwischen den Vertretern der Grubenbesitzer und der Bergarbeiter fanden Verhandlungen statt, die bisher zu keinem Ergebnis führten.

Der Ausstand der belgischen Bergarbeiter im Borinagebiet dauert noch immer an. Die Grubenbesitzer haben die von der Regierung gemachten Einigungsvorschläge abgelehnt.

Der christliche Textilarbeiterverband Oesterreichs hat im Jahre 1911 um 2155 Mitglieder zugenommen; davon im vierten Quartal allein, also innerhalb 13 Wochen, 1062 Mitglieder.

Die Tiefenauflöcherung in der englischen Textilindustrie wurde durch einen Massenstillstand beendet. Es wurde zwischen den streikenden Parteien vereinbart, daß die Arbeiter in den nächsten sechs Monaten keinen Streik wegen der Beschäftigung von Nichtorganisierten inszenieren.

Bewegung vor, indem die Weber eine fünfprozentige Lohnerhöhung fordern. Die Fabrikanten haben erklärt, es sei keine unbefangene Erörterung möglich, solange in verschiedenen Fabriken Störungen wegen Nichtorganisierung beständen. Die Arbeiter betrachten das als eine Ausrede.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Kartoffelernte in Preußen im Jahre 1911. Der „Westdeutsche Landwirt“ bringt in seiner Nr. 2 vom 10. Januar 1912 eine Zusammenstellung über die Kartoffelernte nach einer Sondernummer der Statistischen Vorzählung. Danach betrug:

Der Gesamtertrag an Kartoffeln im Vergleich zu beiden Vorjahren in den einzelnen Provinzen:

Provinzen	1911	1910	1909
	Tonnen zu 1000 Kil.		
Ostpreußen	2601542	2437456	2292029
Westpreußen	2593681	2825252	2844015
Brandenburg (einschl. Berlin)	3192441	5267973	4863413
Pommern	2828902	3262289	3014093
Posen	2779629	4926149	4729421
Schlesien	3482399	5040430	4832872
Sachsen	1794916	2951431	3339530
Schleswig-Holstein	403500	394223	381168
Hannover	1841428	1809443	2044350
Westfalen	1394868	959746	1394096
Hessen-Rassau	885870	953033	1391553
Rheinland	1787039	186786	2557337
Hohenzollern	43988	34852	35727
Königreich Preußen	25630203	32730253	33719634

Danach ist also nur in den Provinzen Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Hohenzollern die Kartoffelernte etwas größer als im Vorjahre gewesen, während sie in den übrigen Provinzen gegen 1910 zurückgeblieben ist, zumeist sogar sehr stark, wie besonders in Brandenburg, Schlesien, Posen und Sachsen. Im ganzen ist die Kartoffelernte 1911 die kleinste des ganzen Jahres, nämlich 1907/1911, und im ganzen Jahreszeit 1901/1911 steht nur diejenige des Jahres 1904 (24 655 447 T.) hinter ihr zurück.

Der Hektarertrag stellte sich in den einzelnen Provinzen im Vergleich zum Vorjahre wie folgt:

	1911	1910
	Tonnen zu 1000 Kil.	
Ostpreußen	14,75	13,93
Westpreußen	13,35	14,59
Brandenburg	10,26	17,10
Pommern	13,77	15,89
Posen	9,49	16,96
Schlesien	10,41	15,07
Sachsen	8,92	14,84
Schleswig-Holstein	13,0	12,80
Hannover	13,39	13,33
Westfalen	14,56	9,96
Hessen-Rassau	10,09	11,06
Rheinland	10,35	10,89
Hohenzollern	8,69	7,08
Königreich Preußen	11,41	14,67

Die Provinzen Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Hessen-Rassau, Rheinland und Hohenzollern stehen unter dem Staatsdurchschnitt von 11,41 T., während die Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Schleswig-Holstein und Westfalen darüber hinausragen. Den höchsten Hektarertrag hat mit 14,75 T. Ostpreußen, den niedrigsten mit 8,69 Tonnen Hohenzollern erreicht.

Das Mittel des Hektarertrages im Jahre 1910/11 mit 13,85 T. haben nur die Provinzen Ostpreußen und Westfalen überschritten, während von den übrigen Provinzen Pommern, Hannover, Westpreußen und Schleswig-Holstein annähernd dieses Mittel erreicht haben; dagegen sind Rheinland, Hessen-Rassau, Schlesien, Brandenburg, Posen, Sachsen und am meisten Hohenzollern mehr oder weniger erheblich dahinter zurückgeblieben.

Invalidenpflege für lungenkranke Rentenempfänger bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“. Die auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Versicherungsanstalten haben sich u. a. auch die Fürsorge für erwerbsunfähige Versicherte zur Pflicht gemacht. In steigendem Maße haben sich die Landesversicherungsanstalten aber der tuberkulösen Erkrankten angenommen. Die Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“ berichtet hierüber in Nr. 12 ihrer „Mittlichen Mitteilungen“ vom Dezember v. J. wie folgt:

Die Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz hat auch im Jahre 1910 ihre besondere Fürsorge den tuberkulösen Invaliden zugewandt, d. h. jenen Erwerbsunfähigen, die wegen Tuberkulose der Lungen oder des Kehlkopfes Rente beziehen, bei denen also ein Heilverfahren ohne Erfolg geblieben ist oder der Krankheitsprozess der Lungen bereits so weit vorgeschritten war, daß das übliche Heilverfahren von regelmäßig drei Monaten eine sich re Aussicht auf Erfolg nicht mehr bot. Ihnen Hilfe zu gewähren, erwies sich um so unabweisbarer, je mehr man erkannte, daß eine Absonderung gerade dieser Tuberkulösen, die eine besonders große Ansteckungsgefahr für ihre Umgebung bilden, notwendig sei. Wenn die Heilstätten sich auch einer großen Zahl sogenannter heilbarer Fälle annahmen, so ist doch die Zahl derjenigen, die wegen des vorgeschrittenen Grades der Krankheit dort keine Aufnahme finden können, weit größer. Im Jahre 1910 sind 411 tuberkulöse Invaliden versorgt worden, darunter 90 Frauen. Die Zahl der lungenkranken Invaliden, die Aufnahme in diesen Krankenhäusern wünschen, ist erfreulicherweise in einem weiteren Steigen begriffen. Von den Kranken sowohl wie von ihren Angehörigen wird die Unterbringung nicht

als Härte, sondern immer mehr als Wohltat empfunden. Versorgt wurden im Jahre 1907 162, 1908 221, 1909 293, 1910 411 tuberkulöse Rentenempfänger. Auch ist festzustellen, daß der Aufenthalt der Lungenkranken im Krankenhaus von einer ständig wachsenden Dauer ist, was natürlich bei dem vorgeschrittenen Stadium ihres Leidens, wenn eine Besserung erzielt werden soll, notwendig ist. So sind 67 Lungenkranke länger als zwei Jahre, 75 länger als ein Jahr, 111 länger als sechs Monate in den Pflegeheimen geblieben. Im Jahre 1910 sind von insgesamt 411 versorgten Personen einschließlich der Todesfälle insgesamt 286 Personen gleich 70 Prozent in den Anstalten geblieben. Die ständige Behandlung durch den Arzt hat regelmäßig gute Erfolge zu verzeichnen. Verschiedene Pfleglinge wurden aufgenommen, bei denen ein Heilverfahren abgelehnt worden war, weil nicht vorauszuhaben war, daß sie durch die bei Heilstättenbehandlung übliche Kur in der Höchstdauer von drei Monaten wieder erwerbsfähig werden würden. Mehrere von diesen konnten nach vielmonatiger Schonung und Behandlung nunmehr dennoch als für die Heilstätte geeignet entlassen werden. Im Jahre 1910 wurden zehn vorgeschrittene Fälle als erwerbsfähig entlassen. Die Ausnahme erfolgt lediglich gegen Abtretung der bewilligten Invalidenrente, so daß ein weiterer Zuschuß zu den Pflegekosten nicht gefordert wird. Der aufgenommene Pflegling kann aus der Pflegeanstalt jederzeit austreten, er ist jedoch auf ein Vierteljahr an den Verzicht auf seine Rente gebunden. Der Austritt muß spätestens einen Monat vor Ablauf eines Vierteljahres angezeigt werden. In Benutzung sind etwa 30 kleinere Krankenanstalten. Dadurch, daß diese sich über die ganze Provinz verteilen, ist es dem Kranken ermöglicht, in seiner engeren Heimat und in der Nähe seiner Angehörigen zu verbleiben. Anträge auf Aufnahme sind beim Bürgermeisteramt oder Gemeindevorsteher zu stellen.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Bauanfänge, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauanfänge sind so schnell als möglich einzufenden.)

Duisburg. Der 43 Jahre alte Maurer Karl Heberle erlitt durch einen Sturz vom Gerüst eines Neubaus der Zeche Bische so schwere Verletzungen, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Hamm. Der Kollege Josef Giesendorf aus Friedhofen erlitt Dienstag, den 6. Februar, auf der Zeche de Wendel einen komplizierten Beinbruch und Schulterbruch und mußte ins Krankenhaus nach Hamm geschafft werden. Der genannte Kollege war mit noch anderen an einem sogenannten Dreimaster, an welchem ein Kettenzug hing, beschäftigt. Es löste sich die Schraube an dem eisernen Bolzen, und die drei Bäume fielen auseinander und trafen unseren Kollegen schwer.

Ueber die Bau- und Terraingesellschaften im Jahre 1911 schreibt die Wirtschaftliche Korrespondenz: Die gesellschaftliche Unternehmensform hat gerade auf dem Gebiete des Bau- und Terraingeschäfts in den letzten Jahren recht bedeutende Fortschritte gemacht. Die kapitalstärkeren Aktiengesellschaften haben besonders in den Großstädten einen erheblichen Teil des Baugeschäftes an sich gerissen, naturgemäß unter Verdrängung vieler mittlerer und kleiner Bauunternehmer. Man würde jedoch zu weit gehen, wenn man die zahllosen finanziellen Zusammenbrüche von Baufirmen ausschließlich dem rasilen Vordringen der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. zuschreiben wollte. Der Betrieb des Bau- und Terraingeschäftes erfordert bei den hohen Bodenpreisen und angelegten der Schwierigkeiten, die sich bei Beschaffung von Baugeldern und Hypotheken ergeben, heute relativ große Kapitalien, die vom Einzelunternehmer vielfach nicht in hinreichendem Maße aufgebracht werden können. Das abgelaufene Jahr stand im Zeichen einer scharfen Propaganda für Bekämpfung des Bauschwinds. Bis zu einem gewissen Grade mag die Entrüstung über die sogenannten „Bauschieber“ gerechtfertigt sein, es wird jedoch auch hier zweifellos arg über das Ziel hinausgeschossen. Gar mancher solide Unternehmer, der infolge der oben erwähnten Schwierigkeiten einen Bau vor der Vollendung aufgeben mußte, und selbst dabei schwere finanzielle Verluste erlitten hat, wird strupellos den Bauschiebern zugestimmt. Das praktische Ergebnis der vielen Debatten usw. über den Bauschwund wird vielleicht die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen sein. Damit würde die Hinterlegung eines Drittels der Baukosten obligatorisch gemacht. Es kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß eine solche gesetzgeberische Maßnahme für die Bau- und Terraingesellschaften eine weitere recht beachtenswerte Begünstigung bedeuten würde. Die mittleren und kleineren Einzelunternehmer würden dann erst recht in eine kritische Lage kommen. In den letzten Jahren war die Unternehmenslust bei den Bau- und Terraingesellschaften außerordentlich reger. Neben Aktiengesellschaften mit zum Teil recht ansehnlichen Grundkapitalien wurden vor allem zahlreiche Gesellschaften m. b. H. gegründet. Die Form der letzteren wurde vielfach auch gewählt, um der Wertzuwachssteuer usw. zu entgehen. Infolgedessen zeigt sich ein ganz auffallendes Anwachsen von Gesellschaften m. b. H., die nur über das gesetzlich vorgeschriebene Mindestkapital von 20 000 M. verfügen. Besonders in Berlin und Vororten war eine starke Zunahme derartiger Neugründungen zu beobachten. Die Summe der Neuinvestitionen belief sich bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Jahre 1911 auf 63,78 Millionen Mark. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Abnahme um 24,95 Millionen Mark. Von den Neuinvestitionen im Jahre 1911 entfielen auf Kapitalerhöhungen 11,34 Millionen Mark und auf Neugründungen 52,44. Es sind im ganzen 640 neue Bau- und Terraingesellschaften entstanden. Davon entfielen auf die Aktiengesellschaften 26 mit 15,97 Millionen Mark Nominalkapital. Das gesamte Stammkapital der

614 neuen Gesellschaften n. b. H. belief sich auf 36,47 Millionen Mark. Nachstehende Zusammenstellung spiegelt die Bewegung der Neuinvestitionen in den Jahren 1906 bis 1911 in Millionen Mark:

	Neugründungen	Kapitalerhöhungen	Summe d. Neuinvestitionen
1906	73,48	23,18	96,66
1907	42,10	25,53	67,63
1908	63,40	17,90	81,30
1909	64,81	12,32	77,13
1910	77,04	11,69	88,73
1911	52,44	11,34	63,78

In den Jahren 1906 bis 1911 sind 3030 neue Terrain- und Baugesellschaften gegründet worden. Davon entfielen auf Aktiengesellschaften 119 und auf Gesellschaften m. b. H. 2911.

Ueber die Bautätigkeit im verfloffenen Jahre in Hamburg werden folgende Angaben gemacht: In den 20 vorhandenen Stadtteilen wurden insgesamt an Neubauten errichtet: zu Wohnzwecken 931 Gebäude überhaupt, davon 865 Vorderhäuser und 66 Hinterhäuser, 863 Etagen-häuser und 68 Familienhäuser. Die Gesamtzahl der neuen Gebäude betrug 11 669, von denen indessen 183 nicht zu Wohnzwecken bestimmt sind. In besonders starkem Maße waren die Stadtteile Eimsbüttel, Hamm und Barsbek an den Neubauten beteiligt; in Eimsbüttel betrug ihre Zahl 93 mit 1261 Gefassen, in Hamm 197 mit 2378 Gefassen und in Barsbek 200 mit 2914 Gefassen. Neubauten für andere Zwecke wurden im ganzen aufgeführt: Geschäftsbau- und Kontorhäuser, Fabrikgebäude, Speicher und dergleichen 127, Stallgebäude, Schuppen, Schauer u. dgl. 368, sowie andere Gebäude (Kirchen, Schulen, Theater u. dgl.) 41, in denen allen zusammen noch 74 Wohnungen liegen. Die Zahl der Gebäude, an denen Au-, Um- oder Umbauten vorgenommen wurden, belief sich auf 188; die dadurch hervorgerufene Vermehrung der Wohnungen in diesen übertraf aber mit 183 nicht viel deren Verminderung mit 169. Abbrüche von Gebäuden wurden 662 vorgenommen, wovon 904 Wohnungen betroffen wurden. Die gesamte Vermehrung der überhaupt vorhandenen Wohnungen wird auf 11 743, die Verminderung auf 1073 angegeben. Auch hier tritt natürlich die intensive Tätigkeit in den oben schon angeführten drei Stadtteilen scharf hervor; die Vermehrung der Wohnungen stellte sich nämlich in Eimsbüttel auf 1261, in Hamm auf 2381 und in Barsbek auf 2920. Nur in ganz ver-schwindendem Maße ist an dieser Bautätigkeit das Frei-hafengebiet beteiligt; naturgemäß stehen hier weniger die Wohnungen als vielmehr industrielle Gebäude im Vordergrund, doch erreicht auch deren Zahl insgesamt nur 60. Ein Vergleich der Anzahl der Wohnungen in den beiden letzten Jahren zeigt folgendes Resultat: Die gesamte Vermehrung der überhaupt vorhandenen Wohnungen belief sich im Jahre 1910 auf 17 890, deren Verminderung auf 2142. Daraus und aus den oben angeführten Zahlen für 1911 folgt eine Vermehrung der vorhandenen Wohnungen im Jahre 1911 von 10 670, dagegen im Jahre 1910 von 15 748. Die Bautätigkeit war also im letzten Jahre erheblich geringer als im Vorjahre.

Der Berliner Wohnungsmarkt am Schlusse des Jahres 1910 wird von Dr. R. Kuzhanski, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, in der Monatschrift „Groß-Berlin“ erörtert. Auf 42 Ortsteile mit 3 150 000 Einwohnern erstreckt sich seine Aufnahme, einige kleine Orte sind nicht berücksichtigt.

Seit Standen am 15. Oktober 1910 55 566 Wohnungen ohne Geschäftslokale, 4867 mit Geschäftslokalen und 6100 Geschäftslokale ohne Wohnungen. Die Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen betrug also 60 433, die Gesamtzahl der leerstehenden Geschäftslokale 10 967.

Die Gesamtzahl der vorhandenen Wohnungen betrug reichlich 1 Million. Der Anteil der leerstehenden Wohnungen belief sich also auf mehr als 6 Prozent. In Berlin betrug er 5 Prozent. In den meisten anderen Gemeinden war er höher. In 7 von den 29 in die Untersuchung einbezogenen Vororten, die am 1. Dezember 1910 mehr als 2000 Einwohner zählten, überstieg er 10 Prozent, nämlich in Mariendorf, Tempelhof, Reinickendorf, Friedenau, Oberschönau, Steglitz und Pantow; niedriger als in Berlin war er nur in Dahlem, Friedrichshagen, Groß-Lichterfelde und Schöneberg. Für die Gesamtheit der 41 Vororte betrug er 7,9 Prozent, für die 41 Vororte und Berlin 6,2 Prozent.

Unter den mit Geschäftslokalen verbundenen Wohnungen war der Anteil der leerstehenden fast überall kleiner als unter den reinen Wohnungen. Eine Ausnahme bildeten von den Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern lediglich Charlottenburg, Niddorf, Schöneberg, Eichtenberg und Vorhagen-Hummelsburg. In Berlin betrug der Anteil der leerstehenden unter den reinen Wohnungen 5,2 Prozent, unter den mit Geschäftslokalen verbundenen 3,4 Prozent, in den 41 Vororten zusammen 7,9 bzw. 7,8 Prozent, in den 41 Vororten und Berlin 6,3 bzw. 5,0 Prozent.

Eine Gliederung der reinen Wohnungen nach ihrer Größe ergibt, daß in den 42 in die Untersuchung einbezogenen Gemeinden und Gutsbezirken 38 Prozent der vorhandenen Wohnungen nicht mehr als ein Zimmer hatten. Zwei Zimmer hatten 36 Prozent, drei Zimmer 13 Prozent, vier Zimmer 6 Prozent und mehr als vier Zimmer 7 Prozent aller Wohnungen. Andererseits hatten von den leerstehenden Wohnungen 37 Prozent nicht mehr als ein Zimmer, 35 Prozent zwei Zimmer, 13 Prozent drei Zimmer, 6 Prozent vier Zimmer und 9 Prozent mehr als vier Zimmer. Von den Wohnungen mit nicht mehr als einem Zimmer standen 6,2 Prozent leer, von den Zweizimmerwohnungen ebenfalls 6,2 Prozent, von den Dreizimmerwohnungen 6,1 Prozent, hingegen von den Vierzimmerwohnungen 6,9 Prozent und von den größeren Wohnungen 7,6 Prozent. Von den kleineren Wohnungen mit nicht mehr als zwei Zimmern (die etwa drei Viertel aller Wohnungen ausmachen) standen also 6,2 Prozent leer, von den mittleren Wohnungen mit drei und vier Zimmern 6,4 Prozent, von den größeren

Zimmern mit fünf und mehr Zimmern 7,6 Prozent. Im einzelnen zeigen sich natürlich — im Einklang mit der örtlich sehr verschiedenartigen Entwicklung der Bautätigkeit — gewisse Abweichungen von dem Gesamtbild.

Die wichtigsten Ergebnisse der Aufnahme des Wohnungsmarkts in Groß-Berlin vom 15. Oktober 1910 sind demgemäß:

- 1. Es standen mehr als 65 000 Wohnungen und mehr als 11 000 Geschäftslöcher leer.
2. Es standen mehr als 6 Prozent aller Wohnungen leer, und zwar in Berlin allein 5 Prozent, in den Vororten zusammen 8 Prozent.
3. Das Angebot an Wohnungen war um so größer, je größer die gesuchte Wohnung war.

An Einzelergebnissen sind bemerkenswert: In Berlin standen leer 26 905 Wohnungen ohne, 2082 mit Geschäftslöchern und 4095 Geschäftslöcher ohne Wohnungen.

In Charlottenburg standen 4957 Wohnungen ohne Geschäftslöcher leer, daneben 593 Wohnungen mit Geschäftslöchern und 392 Geschäftslöcher ohne Wohnungen.

In Schöneberg war die Zahl der leerstehenden Wohnungen 1778 und 308, der leerstehenden Geschäftslöcher 209.

In Wilmersdorf standen leer 2567 Wohnungen, darunter 70 mit einem, 710 mit zwei, 449 mit 6 oder mehr Zimmern; außerdem waren leer 205 Wohnungen mit Geschäftslöchern und 131 Geschäftslöcher.

In Niddorf standen 6242 Wohnungen ohne, 547 mit Geschäftslöchern und 285 Geschäftslöcher ohne Wohnungen leer. Von den leeren Wohnungen hatten 2931 ein, 2568 zwei und nur eine einzige sechs Zimmer.

In Sichtenberg war keine Wohnung auch nur von sechs Zimmern leer, dagegen 766 von einem, 774 von zwei Zimmern; insgesamt 1752 ohne, 253 mit Geschäftslöchern und 113 Geschäftslöcher ohne Wohnung.

Table with 3 columns: Wohnungsart, in 41 Vororten, in Berlin und 41 Vororten. Rows include 1 Zimmer, 2 Zimmer, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 oder mehr.

Gerichtliches.

Erzfeld. Vor dem Erzfelder Schöffengericht hatte sich am 2. Januar der Agitator des sozialdemokratischen Einheitsverbandes, Robert Köning, wegen verlesender Beleidigung des Kollegen E. Schwarz zu verantworten.

Zuletzt. (Schwarzer Terrorismus.) In Nr. 3

der „Baugewerkschaft“ teilten wir schon mit, daß der „Genosse“ A. Heine zu drei Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Am 7. Februar stand die schon angekündigte Sache des „Genossen“ Otto Deigert zur Entscheidung.

Baumaterialienlieferanten, Arbeitgeberbund und Konventionalkrafen.

E. V. Eine für das Baugewerbe wichtige Entscheidung fällt dieser Tage das Oberlandesgericht Celle. Während des Streiks im Baugewerbe im Frühling 1910 beschloß auch der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterweiser in Bremerhaven, um die Sperre wirksamer zu machen, daß keines seiner Mitglieder Baumaterial an Nichtmitglieder und Private abgeben solle.

Bekanntmachungen.

Aufforderung.

Die Maurer Johann Brojinski, geb. am 6. September 1884 zu Altemein, Buch-Nr. 104 227, und Wilhelm Eckert, geb. am 22. Mai 1889 zu Waldernbach, Kreis Lüneburg a. d. Lahn, werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen gegenüber der Zahlstelle Gellentirchen nachzukommen.

Aufforderung.

Wer die Adresse des Maurers Hugo Jaak, zuletzt in Celle, Schulstraße 19, wohnhaft gewesen, weiß, wird dringend gebeten, dieselbe nach Hannover, Am Kanonenwall 16, mitzuteilen.

Achtung, Bezirk München!

Alle für die Verwaltungsstelle Augsburg bestimmten Sendungen sind von jetzt ab zu richten an: A. Gakemeier, Augsburg, Wintergasse 12 I., Telefon 2637.

Bezirk Münster.

Vant § 7, Abs. 6 des Statuts und im Einverständnis mit dem Zentralvorstand berufe ich auf Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, eine

Bezirkskonferenz

nach Münster (Westf.) ein. Tagungsort: Thomas (früher Hape), Klemeisstraße.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Bezirksleiters.
2. Bericht der Delegierten.
3. Vortrag: Unsere Stellung zur deutschen Volkswirtschaft.
4. Vortrag: Welche Aufgaben haben wir angesichts des Ablaufs der Tarifverträge in diesem Jahr zu erfüllen?
5. Erledigung gestellter Anträge.
6. Wahl des Bezirksvorstandes.

Die zu stellenden Anträge müssen spätestens bis zum 19. Februar, laut § 7, Abs. 10, beim Unterzeichneten eingekandt sein.

Alle Zahlstellen haben mindestens einen Delegierten zu entsenden. Die Kosten dafür tragen die Zahlstellen selbst.

Alles Nähere ist durch Rundschreiben bekanntgegeben. Der Bezirksvorstand. S. Müller, Bezirksleiter.

Achtung! Verwaltungsstelle Hannover!

Zwecks Kontrolle der Arbeitslosen hat der Ausschuß der Verwaltungsstelle zum § 18 Absatz 3 des Statuts folgendes beschlossen:

Mitglieder unseres Verbandes, welche arbeitslos sind und Anspruch auf Arbeitslosienmarken erheben, haben sich in der Woche (ausgenommen Sonntags und Montags) dreimal zur Kontrolle zu melden, und zwar unter Vorlegung des Mitgliedsbuches in den Vormittagsstunden von 11—1 Uhr am Bureau.

Die Bureaustunden für die Kollegen sind wochentags von 11—1 Uhr vormittags und von 6—7 1/2 Uhr abends; Sonntags von 11—1 Uhr vormittags.

Der Verwaltungsvorstand.

J. A. Rich. Schneider, Hannover, Am Kanonenwall 16.

Sterbetafel.

Am 1. Februar starb unser treuer Kollege Johann Ramrad im 38. Lebensjahre an Gehirnerschütterung infolge eines Sturzes.

Zahlstelle Oberglogau (D.-Schl.).

Am 3. Februar starb unser Kollege Heinrich Ruhwedel im Alter von 46 Jahren an Leberleiden.

Zahlstelle Hagen.

Am 4. Februar starb unser Kollege Oswald Weber im Alter von 40 Jahren an Lungentuberkulose.

Zahlstelle Cöln (Hilfsarbeiter).

Am 5. Februar verschied unser treuer Kollege G. Kladde im 43. Lebensjahre an Lungenerkrankung.

Zahlstelle Haseilüne.

Am 5. Februar starb unser Kollege Georg Kreller im Alter von 53 Jahren an Herzlähmung.

Verwaltungsstelle Ingolstadt.

Am 5. Februar starb unser Kollege Johann Wolf im Alter von 19 Jahren an Lungenerkrankung.

Zahlstelle Erle (Maurer).

Ehre ihrem Andenken!

Advertisement for 'Festschrift 1912' with a decorative border and text about a commemorative book.

Advertisement for 'Allgemeine Briefsteller' by G. Köhler, describing a book of letters and forms.

Advertisement for 'Billiges Fleisch!' from R. Gräbel sen., Cabarz & Waltershausen 163.

Advertisement for 'Liebe Frau Schneider, was soll ich tun?' and 'Können Sie tanzen?' with illustrations of a woman and a man.